

Ein Bankensystem mit der Volksbank als Führer und den vier spezialisierten Banken als Pfeiler ist errichtet worden. Des Weiteren sind die chinesische Investitionsbank, die chinesische Volksversicherungsgesellschaft, die CITIC, die China Communications Bank und andere Treuhand- und Investitionsgesellschaften gegründet worden sowie eine Anzahl von kollektiven und nichtbankartigen Finanzorganisationen. Gegenwärtig gibt es über 50.000 Kreditsgenossenschaften in den ländlichen Gebieten und 1.000 in den Städten. Ein vorläufiger Kapitalmarkt hat Gestalt angenommen. Im Jahre 1986 zirkulierten über 30 Mrd. Yuan an Fonds zwischen den Städten. Die Anzahl der Städte in China, die zu Experimentzwecken für die Bankreform ausgewählt wurden, ist von fünf auf 27 ausgedehnt worden. Sie probieren das Unternehmensmanagementsystem aus. Bauprojekte stützen sich nun hauptsächlich auf Kredite anstatt auf Finanzfonds. Der Anteil der Fonds aus Finanzquellen, die jährlich in die Produktion, den Bau und die Zirkulation investiert werden, ist von 76,6% im Jahre 1978 auf 31,6% im Jahre 1986 gesunken, während jene Fonds aus Bankkrediten von 23,4% auf 68,4% stiegen. Jeder nimmt nun die Zinsrate wahr, und "Zeit ist Geld" ist nicht länger ein leerer Wahlspruch.

(10) Experimente in der umfassenden Wirtschaftsstrukturreform in ausgewählten Städten hat deren wirtschaftliche Leistung verbessert.

... Bislang sind 72 Städte in China ausgewählt worden, die mit der umfassenden Reform experimentieren sollen, während Regierungsinstitutionen in 16 Mittelstädten diese Reform ausprobiert haben...

(11) Die Offenheit zur Welt hat die wirtschaftlichen und technischen Verbindungen und die Handelsverbindungen mit verschiedenen Ländern in der Welt verbreitert.

... China hat die Küstengebiete für die Außenwelt geöffnet; in diesen Gebieten leben 200 Mio. Menschen, die mehr als die Hälfte des landwirtschaftlichen Bruttoproduktionswertes des Landes produzieren. Dies ist von großer Wichtigkeit für die Belebung der Wirtschaft und die Öffnung des Landes insgesamt. Gleichzeitig hat China im Ausland 277 Joint Ventures

oder Gesellschaften im alleinigen chinesischen Eigentum sowie 50 Konstruktionsgesellschaften gegründet.

(12) Die Reformen im wissenschaftlichen und technologischen System, im Erziehungssystem und in Teilen des Überbaus sind durchgeführt worden...

Laßt uns einen Blick auf die Steigerung des Wirtschaftswachstums tun. Von 1953 bis 1978 nahm Chinas gesellschaftliches Gesamtprodukt mit einer jährlichen Wachstumsrate von 7,9% zu, die höchste Jahresrate betrug 32,7% und die niedrigste -33,5%. Die höchste Rate war 24,8% höher und die niedrigste Rate war 41,4% niedriger als die durchschnittliche Rate. Von 1979 bis 1986 nahm das gesellschaftliche Gesamtprodukt durchschnittlich jährlich um 10,1% zu, wobei die höchste Rate 16,5% und die niedrigste 4,6% betrug. Die höchste Rate lag um 6,4% höher und die niedrigste Rate um 5,5% niedriger als die durchschnittliche Rate. Dies zeigt, daß das Wirtschaftswachstum stabiler geworden ist.

Laßt uns einen Blick tun auf den Zuwachs der wirtschaftlichen Stärke des Landes. Von 1979 bis 1986 betrug der durchschnittliche jährliche Zuwachs des Nationaleinkommens 31,5 Mrd. Yuan. Von 1953 bis 1978 betrug der jährliche Zuwachs 8,4 Mrd. Yuan. Vergleicht man das Jahr 1986 mit 1978, so stieg der Bruttoproduktionswert um 102%, das Nationaleinkommen stieg um 95%, die Staatseinnahmen 98% sowie die außerbudgetären Fonds der Abteilungen, Gebietskörperschaften und Unternehmen um 380%. Im Jahre 1978 rangierte unser Elektrizitäts-, Stahl-, Kohlen- und Erdöl-Output an 7., 5., 3. und 8. Stelle in der Welt. Im Jahre 1986 stand China in dieser Hinsicht an 5., 4., 2. und 5. Stelle in der Welt.

Laßt uns einen Blick auf den Lebensstandard des Volkes tun. Vergleicht man 1986 mit 1978, so nahm das Pro-Kopf-Einkommen der ländlichen Bevölkerung von 134 auf 424 Yuan zu. Das Pro-Kopf-Einkommen für die Lebenshaltungskosten der städtischen Bevölkerung stieg von 316 Yuan auf 828 Yuan. Wenn die Preissteigerungen in die Rechnung einbezogen werden, so stiegen die realen ländlichen und städtischen Pro-Kopf-Einkommen um 160% und mehr als 80%. Vergleicht man 1986 mit

1978, so nahmen die städtischen und ländlichen Spardepositen von 21,06 Mrd. auf 230 Mrd. Yuan zu. In diesen 8 Jahren fanden ca. 60 Mio. Menschen in den städtischen Gebieten Arbeit; die Arbeitslosenrate fiel von 5,3% auf 2%. Im Jahre 1978 verhielt sich die Differenz zwischen den ländlichen und städtischen Konsumniveaus wie 1 : 2,9. Im Jahre 1986 hatte sich die Differenz verringert, das Verhältnis betrug 1 : 2,3. Die Qualität der Konsumtion ist verbessert worden, und die Konsumstruktur hat sich verändert. Die Ausstattung der Haushalte mit dauerhaften Konsumgütern nahm schnell zu. (Xinhua, 2.6.1987, zit. nach SWB, 11.6.1987) -lou-

Taiwan

*(50)

Besuch von Ministerpräsident Yu in Singapur

Vom 8. bis 12. Juni machte Ministerpräsident Yu Guohua (Yu Kuo-hwa) einen fünftägigen Besuch in Singapur. In seiner Begleitung befanden sich Wirtschaftsminister Li Dahai, Regierungssprecher Shao Yuming, der Vorsitzende des Nationalen Komitees für Wissenschaften, Chen Li'an, der Leiter des Außenhandelsamtes Xiao Wanchang (Vincent Siew) sowie der Abteilungsleiter für Protokoll im Außenministerium und der Leiter der Abteilung Asien und Pazifik des Außenministeriums (ZYRB u. LHB, 8.-13.6.87).

Zwischen Taiwan und Singapur bestehen keine diplomatischen Beziehungen. Offiziell galt Yus Reise als ein "privater" Besuch, war aber - von einem rein formellen Akt abgesehen - kaum von einer Staatsvisite zu unterscheiden. Bei seiner Ankunft wurde er von seinem Amtskollegen Lee Kuan Yew auf dem Flughafen begrüßt und beim Abschied ebenfalls von ihm zum Flugplatz begleitet. Neben den Begegnungen mit Lee Kuan Yew traf er auch mit dem Staatspräsidenten Singapurs, Wee Kim Wee, zusammen und führte Gespräche mit anderen führenden Politikern wie z.B. mit Lee Hsien Loong, Minister für Handel und Industrie und Sohn von Lee Kuan Yew, der als möglicher Amtsnachfolger seines Vaters gilt.

Bei den Unterredungen ging es hauptsächlich um die Förderung der Wirtschaftsbeziehungen zwischen beiden Seiten. Minister Lee Hsien Loong äußerte die Bereitschaft Singapurs, Taiwan beim Ausbau seiner Handelsbeziehungen mit den südostasiatischen Ländern zu helfen. Taiwan unterhält eine Handelsrepräsentanz in Singapur, dessen stellvertretender Leiter der Sohn des Staatspräsidenten der Republik China in Taiwan, Jiang Jingguo (Chiang Ching-kuo), ist. Außerdem soll eine Niederlassung der zum taiwanesischen Außenhandelsverein gehörenden Ostasien-Handelszentrums im Juli in Singapur gegründet werden.

Yu besuchte als erster Regierungschef Taiwans Singapur, und dies war auch seine erste Auslandsreise seit seinem Amtsantritt als Ministerpräsident vor drei Jahren. Singapurs Premierminister Lee Kuan Yew hat seit 1973 häufig Taiwan besucht. Bis zum November 1985 wurden Lees "private" Reisen nach Taiwan von beiden Regierungen stets geheim gehalten, seither jedoch in der Presse offen erwähnt. Im letzten Jahr hielt er sich zweimal in Taiwan auf. Darüber hinaus ist es auch ein offenes Geheimnis, daß Taiwan Militärpersonal für Singapur ausbildet.

Taiwans Presse betrachtete Yus Singapur-Besuch als einen Durchbruch der außenpolitischen Isolation der Taipeier Regierung. Allerdings ist eine Aufnahme diplomatischer Beziehungen zwischen beiden Seiten kaum zu erwarten. Vor vielen Jahren hatte Lee Kuan Yew die Bereitschaft Singapurs zur Anerkennung der VR China angekündigt, doch will er nach eigenen Worten mit diesem Schritt warten, bis alle anderen ASEAN-Staaten die Aufnahme diplomatischer Beziehungen zu Beijing vollzogen haben - zur Zeit hat von den ASEAN-Ländern außer Singapur nur noch Indonesien keine diplomatischen Beziehungen mit Beijing aufgenommen.

Wie Taiwan unterhält auch Beijing eine Handelsrepräsentanz in Singapur. Lee Kuan Yew hat die VR China mehrmals offiziell besucht. Noch Ende Mai/Anfang Juni 1987, also kurz vor Yus Besuch, hielt sich der erste stellvertretende Premierminister Singapurs, Goh Chok Tong, eine Woche lang in der VR China auf. Im vergangenen Jahr war die VR China Singapurs fünftgrößter Handelspartner, gefolgt von

Taiwan. Singapurs bilateraler Handel mit der VR China betrug 1986 2,05 Mrd.US\$ und mit Taiwan 1,59 Mrd.US\$ (CP, 11.6.87; LHB, 8.6.87) - Singapurs Wirtschaftsbeziehungen mit Beijing sind somit noch enger als mit Taiwan. -ni-

*(51)

Nationales Sicherheitsgesetz vom Parlament verabschiedet

Unter dem schweigenden Protest der oppositionellen Abgeordneten in Form von "Sit-ins" vor dem Podium im großen Sitzungssaal hat der Gesetzgebungsyuan das neue "Nationale Sicherheitsgesetz für die Periode der Mobilmachung zur Niederwerfung der Rebellion" verabschiedet (LHB, ZYRB u. CP, 24.6.87). Wie berichtet (C.a., Okt.1986, S.649 f, Ü 50), hatte der Staatspräsident und Vorsitzende der Regierungspartei Guomindang (GMD), Jiang Jingguo (Chiang Ching-kuo), am 7.Oktober des vorigen Jahres eine baldige Aufhebung des Ausnahmezustandes angekündigt, aber gleichzeitig als Vorbedingung dafür die Ausarbeitung eines Sicherheitsgesetzes gemacht.

Das neue Gesetz mit insgesamt zehn Artikeln ist zwar liberaler als das Notstandsgesetz, enthält aber weitere Einschränkungen der Grundrechte. Art.2 z.B. besagt, daß Versammlungen oder Vereinigungen von Bürgern nicht gegen die Verfassung verstoßen, den Kommunismus oder eine Spaltung des Landes befürworten dürfen. Dies richtet sich hauptsächlich gegen die Vorstellung der Opposition von einer "Selbstbestimmung der Einwohner Taiwans" über ihre eigene Zukunft, d.h. mit anderen Worten über die Frage, ob man auf eine Wiedervereinigung Chinas verzichten und die Insel zu einem unabhängigen Staat erklären soll. Ferner brauchen Aus- und Einreisewillige gemäß Art.3 weiterhin eine Behördenlaubnis, die Zuständigkeit dafür wird jedoch vom Hauptquartier der Garnison Taiwan dem Innenministerium übertragen.

Eine deutliche Liberalisierung im Vergleich zum Notstandsgesetz zeigt Art.8 des neuen Sicherheitsgesetzes, nach dem Zivilpersonen nicht der Militärgerichtsbarkeit unterstehen. In bezug auf während des Ausnahmezustands vor Militärgerichten stattgefundenen Strafprozesse gegen Zivilpersonen werden nach Aufhebung des Ausnahmezustands je nach Fall von Art.9 auf folgende Weise geregelt:

- 1) Die noch nicht abgeschlossenen Fälle werden an die zuständige Staatsanwaltschaft für die weitere Ermittlung bzw. an das zuständige Zivilgericht zur Weiterverhandlung geleitet;
- 2) gegen die rechtskräftigen Strafurteile von Militärgerichten kann nicht mehr beim zuständigen Zivilgericht Berufung oder Beschwerde erhoben werden, ausgenommen sind Fälle mit stichhaltigen Gründen für Revision oder außerordentliche Berufung;
- 3) die noch nicht vollstreckten sowie in Vollstreckung befindlichen Strafen werden an die zuständige Staatsanwaltschaft zur Vollstreckung geleitet.

Dieser Artikel weicht vom Art.10 des Notstandsgesetzes erheblich ab, dem gemäß alle von Militärgerichten während der Zeit eines Ausnahmezustands bei schweren Straftaten gefällte Urteile angefochten werden können.

Da die Regierung kraft Art.2 des Sicherheitsgesetzes neue Parteien weiter verbieten kann und gemäß Art.9 viele Dissidenten weiterhin im Gefängnis bleiben müssen bzw. politisch nicht rehabilitiert werden, lehnt die Opposition das neue Gesetz strikt ab und verlangt eine bedingungslose Beendigung des Ausnahmezustands.

Parallel zu den Sit-ins im Parlament veranstaltete die Oppositionspartei Minjindang (Demokratische Fortschrittspartei), die von der Regierung für nicht legal gehalten wird, am 19.Mai eine große Demonstration in Taipei, an der mehrere Tausende teilnahmen (siehe dazu C.a., Mai 1987, S.377, Ü 38). Bei einer anderen Demonstration am 12.Juni in der Hauptstadt kam es zu blutigen Krawallen zwischen Oppositionanhängern und Mitgliedern der regierungstreuen rechtsradikalen Organisation "Fangong-Aiguo Zhenxian" (Antikommunistische patriotische Front). Zahlreiche Demonstranten und Polizisten wurden verletzt (CP u. ZYRB, 13.6.87). -ni-

*(52)

Konjunkturboom vor einer Wende?

Im Mai hielt der Wirtschaftsboom in Taiwan weiter an. Der allgemeine Indikator stieg gegenüber dem Vormonat um 1,2%. Die Anlagen

waren zu 83,3% (im April 83%) ausgelastet und der Gewinnsatz von Unternehmen lag im Durchschnitt bei 7,41% (7,59%). Mit einem Zuwachs von 30% gegenüber dem Vorjahresmonat lag der Auftragszugang aus dem In- und Ausland ungefähr auf gleicher Höhe wie im April. Aber im Hinblick auf die weitere Entwicklung läßt sich eine Wende erkennen. Der Frühindikator zeigte nach der Zunahme von 3% im April einen Rückgang auf 0,87% im Mai. 50% der Unternehmer glauben an eine Abnahme der Auftragsgänge in den kommenden drei Monaten. Der Anteil der Unternehmer, die auch ein Sinken der Konjunktur sehen, nahm von 20% (April) auf 24% zu. Nur 13% sahen die Entwicklung weiterhin rosig (LHB, 27.6.87).

Nach Schätzung des Amtes für Budget und Statistiken sollte das Brutto-sozialprodukt (BSP) im ersten Halbjahr 1987 auf Jahresbasis eine Zuwachsrate von 10,61% haben (im vorjährigen Vergleichszeitraum 8,82%), höher als die ursprüngliche Erwartung von 9,75%. Das Pro-Kopf-BSP des ersten Halbjahres wurde auf 75.516 NT\$ (umgerechnet 2.241 US\$) geschätzt, eine Zunahme von 11,11% gegenüber dem vorjährigen Vergleichszeitraum. Bei den einzelnen Branchen ist die Produktion in der Industrie um 14,11%, bei Dienstleistungen um 7,8% und in der Landwirtschaft um 1,19% gestiegen.

Nach den gleichen Angaben sind die Importpreise um 8,72%, Großhandelspreise um 3,8% gefallen, während die Verbraucherpreise geringfügig um 0,96% gestiegen sind (ZYRB, 25.6.87). -ni-

***(53)**
Einkommensschere zwischen Spitzenpolitikern und Industriearbeitern

Nach der jüngsten Gehaltserhöhung in diesem Jahr hat der Staatspräsident einen Monatsverdienst von 474.000 NT\$ (31 NT\$ = 1 US\$) und sein Stellvertreter 355.500 NT\$. Der Ministerpräsident sowie seine Kollegen, d.h. die Präsidenten der anderen vier Yuan, beziehen monatlich ein Gehalt von 110.600 NT\$ und ein Minister 63.200 NT\$. Ein General ersten Ranges verdient so viel wie der Ministerpräsident, ein General zweiten Ranges so viel wie ein Minister. Auch die Diäten eines Mitglieds der Staatsparlamentsorga-

ne, d.h. der Nationalversammlung, des Gesetzgebungs- und des Kontrolllyuan, liegen so hoch wie das Gehalt eines Minister (LHB, 18.6.87).

Im letzten Jahr sind die Löhne und Gehälter in der Wirtschaft ebenfalls drastisch gestiegen. Im Januar 1987 bekam z.B. ein Arbeitnehmer in der Herstellungsindustrie durchschnittlich eine Vergütung von 22.307 NT\$, ein Zuwachs von 61% im Vergleich zum Vorjahresmonat. Zwischen Januar 1982 und Januar 1986 war das Durchschnittseinkommen der Arbeitnehmer in dieser Branche von 11.600 NT\$ auf nur 13.874 NT\$ gestiegen (ZYRB, 2.6.87). -ni-

Hongkong und Macau

***(54)**
Blitzbesuch des chinesischen Außenministers in Hongkong

Auf der Rückreise von seinem Besuch in Lateinamerika machte der chinesische Außenminister Wu Xueqian am 20. Juni Zwischenstation in Hongkong. Er war andert-halb Stunden Gast von Gouverneur Sir David Wilson in dessen Villa. Insgesamt hielt er sich zweieinhalb Stunden in Hongkong auf und fuhr von dort über die Grenze in die benachbarte chinesische Wirtschaftszone Shenzhen (DGB, 22.7.87).

Der Blitzbesuch Wus fand große Beachtung in Hongkong, nicht weil er als erster führender Regierungspolitiker Beijings Wilson seit dessen Amtsantritt im April d.J. besuchte, sondern weil er zu einer Zeit kam, als die britische Kolonialregierung mit der Veröffentlichung des sogenannten "Grünen Papiers" Ende Mai eine lebhafte Diskussion über politische Reformen in Hongkong auslöste und die Chinesen in Beijing zu der Warnung veranlaßte, an eine Einführung von Direktwahlen zum Legislativrat der Kolonie - die gemäß der sino-britischen Vereinbarung von 1984 im Juli 1997 an China zurückgegeben werden soll - sei 1988 nicht zu denken. In der Überseeausgabe von *Liaowang* von Mitte Juni (nach DGB, 20.6.87) wies Li Hou, Generalsekretär des Komitees für den Entwurf eines Grundgesetzes der künftigen chi-

nesischen Sonderverwaltungszone Hongkong und stellvertretender Direktor des Büros für die Angelegenheiten von Hongkong und Macau unter dem chinesischen Staatsrat, darauf hin, daß eine "un-überlegte" Durchführung von Direktwahlen nicht im Geist der sino-britischen Übereinkunft sei, da sie nicht an dem - noch nicht ausgearbeiteten - Grundgesetz anknüpfen könne.

Wus Begegnung mit Wilson wurde zwar als ein "rein privater Besuch" bezeichnet, doch räumte der chinesische Außenminister gegenüber der Presse ein, daß in seinen Gesprächen mit dem Gouverneur auch das Thema Direktwahlen in Hongkong angetastet worden sei. Diese Frage habe er auch auf seiner letzten Auslandsreise mit dem britischen Außenminister Geoffrey Howe in Thailand und Europa dreimal erörtert (DGB, 23.6.87).

Kurz nach Wus Rückkehr aus Hongkong revidierte Li Hou sein Interview mit *Liaowang*. Er habe zwar seine Besorgnis über eine un-überlegte Einführung von Direktwahlen 1988 in Hongkong geäußert, aber es sei nicht seine Meinung, daß politische Reformen in Hongkong der sino-britischen Vereinbarung widersprächen (TKB, 25.6.87). -ni-

***(55)**
Regierungskrise in Macau

Nur ein Jahr nach seinem Amtsantritt ist der Gouverneur der portugiesischen Exklave Macau, Joaquim Pinto Machado, zurückgetreten (DGB, 1.6.87). Die Nachricht kam auch deshalb überraschend, weil noch am 13. April d.J. Lissabon und Beijing ein Abkommen über die Rückgabe Macaus an China im Dezember 1999 unterzeichnet hatten (siehe dazu C.a., April 1987, S.320 ff). Doch der Rücktritt des Gouverneurs hat mit dem Abkommen nichts zu tun, sondern ist die Folge eines Machtkampfes innerhalb der Regierung.

Machado, ein parteiloser Politiker, wurde im letzten Jahr dank seiner Wahlhilfe für Mario Soares bei den Präsidentschaftswahlen von diesem zum 125. Gouverneur von Macau ernannt. Zu seiner Regierung gehören zwei wichtige Minister (under secretary), der für Wirtschaft, Finanzen und Tourismus, Carlos Monjardino, und der für Administration, Antonio Vitorino, die wie